Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8620**

14. Wahlperiode 19. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/6979 –

Jahresbericht 2001 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit

A. Problem

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Überwindung der deutschen Teilung ist die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland noch nicht vollzogen. Dies gilt für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie für die persönliche Lebenssituation der Menschen in den neuen Bundesländern. Um die innere Einheit Deutschlands weiter zu fördern, brauchen die neuen Länder auch zukünftig die solidarische Unterstützung des Gesamtstaates.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung.

Einstimmigkeit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6979 – zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Werner Kuhn	**Sabine Kaspereit**	**Günter Nooke**
Vorsitzender	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit und Günter Nooke

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Jahresbericht 2001 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit“ auf Drucksache 14/6979 wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Januar 2002 zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Kulturausschuss und dem Sportausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung stellt mit dem Jahresbericht 2001 zum Stand der deutschen Einheit ihre Sicht der aktuellen Entwicklung in den neuen Bundesländern dar.

Sie berichtet, trotz des sich vollziehenden Wandels von einer primär bauorientierten zu einer durch Industrie geprägten Wirtschaftsstruktur sowie einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität, des Pro-Kopf-Einkommens und des weiteren Ausbaus und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, seien immer noch zahlreiche Herausforderungen vorhanden. Als besondere Probleme werden die hohe Arbeitslosigkeit, die strukturellen Probleme der ostdeutschen Bauwirtschaft und der noch immer zu verzeichnende Produktivitätsrückstand erwähnt. Als Gründe hierfür werden hauptsächlich strukturelle Ursachen, wie z. B. eine geringe Wertschöpfungsintensität oder der Mangel an Großunternehmen genannt. Hauptziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung müsse es also darstellen, die Eigendynamik der ostdeutschen Wirtschaft weiter zu beleben und eine sich selbst tragende, und international wettbewerbsfähige Wirtschaftsregion entstehen zu lassen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

IV. Ausschussempfehlung

Der **federführende Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/6979 in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Der Ausschuss hat einvernehmlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Die Mitglieder der **Koalitionsfraktionen** führten aus, der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit stelle die Situation in Ostdeutschland sehr detailliert und realistisch dar. Es sei festzustellen, dass in Ostdeutschland mittlerweile die Phase der Deindustrialisierung verlassen worden sei und gegenwärtig der Aufbau von Wirtschaftsstrukturen stattfinde. Auch sei bereits ein dynamisches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** erklärten, der Bericht stelle eine Beschönigung der tatsächlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern dar, die der gegenwärtigen Lage nicht gerecht werde. Die dort aufgezeigten Erfolge seien auch überwiegend auf Maßnahmen der alten Bundesregierung zurückzuführen. Sie plädierten insbesondere dafür, für eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung und einen selbst tragenden ökonomischen Aufschwung in Ostdeutschland einzutreten.

Berlin, den 13. März 2002

Sabine Kaspereit	**Günter Nooke**
Berichterstatterin	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333